

HANNES ANDROSCH

Ein Schreckgespenst namens Chlorhühnchen

Wie die Geschichte lehrt, beleben Freihandelsabkommen die Wirtschaft. Populistische Angstkampagnen gegen TTIP sind unverantwortlich.

Der europäischen Wirtschaft geht es nicht gut. Der österreichischen auch nicht, wie die Rekordarbeitslosenzahlen trotz Frühpensionierungen zeigen. In der Eurozone ist Österreich beim Wirtschaftswachstum Schlusslicht, bei der Inflation hingegen Spitzenreiter. Entgegen anders lautenden Behauptungen haben wir im Unterschied zu den USA die Krise keineswegs überwunden, vielmehr drohen uns japanische Verhältnisse. Wir sind in die Austeritätsfalle getappt und es droht eine Deflationsspirale. Die Geldpolitik kann das bestenfalls mildern, aber ohne Fiskalpolitik alleine nicht verhindern. Dafür sind sowohl Maßnahmen zur Erhöhung von Gesamtnachfrage und Investitionen sowie Strukturmaßnahmen erforderlich. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung müssen wir alle gegebenen Möglichkeiten nutzen.

Dazu zählen, wie historische Beispiele bis in die jüngste Zeit belegen, Freihandelsabkommen. Die Wirtschaftsgeschichte lehrt auch, dass Isolierung und Autarkiestreben mit Importsubstitution genau das Gegenteil bewirken. Die Länder des Sowjetimperiums, China oder Indien waren bis zur Öffnung dafür ebenso Anschauungsbeispiele wie bei uns die Zwischenkriegszeit mit ihrem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise und den daraus folgenden tragischen politischen Entwicklungen. Möglichst freie Handelsmöglichkeiten wie etwa Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten und dann wieder nach dem Zweiten Weltkrieg bezeugen hingegen positive Wirkungen. Der nach 1945 im westlichen Bereich zunehmend liberalere Weltmarkt sowie die europäische Integration mit einem Binnenmarkt haben den Wohlstand der europäischen Länder maßgeblich gefördert.

Nunmehr eröffnen sich weitere für unsere wirtschaftliche Entwicklung dringend benötigte Chancen zum einen durch das schon ausverhandelte Freihandelsabkommen der EU mit Kanada und zum anderen durch das derzeit mit den USA verhandelte (TTIP – Transatlantic Trade and Investment Partnership).

Es ist höchst unverantwortlich, wenn vor allem auch in Österreich einzelne Gruppierungen mit Massenmails gegen TTIP mit Angst-



HANNES ANDROSCH ist Industrieller und Präsident des Rats für Forschung und Technologieentwicklung.

„Dass ein Freihandelsabkommen mit den USA die Arbeitslosigkeit erhöht, widerspricht jeder Erfahrung.“

redaktion@format.at

argumenten Stimmung zu machen versuchen. Dies erinnert an ähnliche Kampagnen vor dem österreichischen EU-Beitrittsreferendum 1994. Das Schreckgespenst von damals war die Blut-Schokolade, aktuell ist es das Chlorhühnchen.

Die Anti-TTIP-Gruppierungen punkten vor allem deshalb in der öffentlichen Meinung, weil von offiziellen Stellen bislang viel zu wenig Aufklärung und Information und damit zu wenig Transparenz erfolgte. Es ist dem eigenen Souverän gegenüber unverantwortlich, wenn bei den Regierungskonferenzen in Brüssel Projekten zugestimmt, dann die Bevölkerung nicht ausreichend informiert wird, gleichzeitig aber gegnerischen Grüppchen und ihren falsch verwendeten Argumenten in populistischer Weise das Ohr geliehen wird.

Beim TTIP kann man sich auf die Erfahrung des schon zwischen den USA und Kanada abgeschlossenen Freihandelsabkommens stützen. Dieses wurde 1994 mit Mexiko zur NAFTA (North American Free Trade Agreement) erweitert.

Die von Kanada seit 25 Jahren gemachten Erfahrungen lassen jedenfalls keine Schlussfolgerungen für eine Aushebelung von bestehenden Standards für Verbraucherschutz, der Umwelt oder der Sozialstandards zu. Befragt man Kanada, ergibt sich der Rat, bei Schiedsgerichtsverfahren zu trachten, amerikanische juristische Spitzfindigkeiten zu vermeiden und Regelungen für öffentliche Auftragsvergaben und Einwanderungsbestimmungen besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Bilateral gibt es schon heute ohne Schwierigkeiten rund 1.500 Investitionsschutzabkommen mit Schiedsgerichten.

Das Argument, dass ein Freihandelsabkommen mit den USA die Arbeitslosigkeit erhöht, widerspricht jeder empirischen Erfahrung. Im Gegenteil, alle wirtschaftshistorischen Beispiele zeigen, dass freier Handel Wachstum fördert, die Arbeitslosigkeit verringert und den Wohlstand erhöht.

Aus all diesen Gründen darf man sich nicht von irrationalen, auf Angstmake beruhenden Kampagnen in die Irre führen lassen, sondern muss sich von jenen Argumenten leiten lassen, die den Menschen insgesamt Vorteile bringen. |